



30. Jänner 2020

## **Anfragebeantwortung (lt. Satzung der ÖH)**

*Fraktion:* Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)

*Datum der Anfrage:* 16. Jänner 2020

*Gerichtet an:* Vorsitzteam der ÖH Bundesvertretung

*Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Im Zuge der Hörsaalblockade an der Universität Wien am 14.01.2020 kam es zu gewaltvollen Übergriffen auf Studenten und durch das Werfen von rohen Eiern entstand sowohl am Universitätsgebäude als auch an der Kleidung von Studenten erheblicher Sachschaden. Am 15.01.2020 wurde ein Student vor der Universität Wien von Demonstranten angegriffen und schwer verletzt. Die Täter wurden von der Polizei gestellt und festgenommen.*

### **1) Warum distanziert sich die ÖH in keiner Weise von gewaltvollen Übergriffen?**

Als ÖH Bundesvertretung bekennen wir uns klar zu einer antifaschistischen Grundhaltung und setzen uns auf allen Ebenen gegen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus ein. Daher unterstützen wir auch Proteste von Studierenden, die sich gegen o.g. Ismen richten.

### **2) Warum setzt sich die ÖH nicht für eine freie Lehre ein?**

Die ÖH Bundesvertretung steht klar hinter dem verfassungsmäßig verbrieften Recht, der Freiheit der Lehre und der Wissenschaft und setzt sich ebenso für diese ein (vgl. Forderungskatalog). Lehre kann und darf dabei aber nicht als Bühne für die Verbreitung von diskriminatorischen Aussagen und rechtsextremen Gedankengut dienen.

### **3) Warum solidarisiert sich die ÖH sogar öffentlich auf Twitter und Facebook mit den Teilnehmern der Hörsaalblockade? (Siehe Screenshot) Screenshot ÖH Facebookseite, 15.01.2020**

Siehe 1)

### **4) Wie steht die Bundes ÖH zur Presseaussendung der ÖH Uni Wien vom 16.01.2020, die von der „Diffamierung der Antifaschist\_innen“ spricht, obwohl laut Aussendung der Polizei einem Studenten eine schwere Körperverletzung zugefügt wurde? (<https://www.derstandard.at/story/2000113366484/burschenschaftler-vongegendemonstranten-schwer-verletzt>, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200116\\_OTS0084/diffamierungsver-su-che-gegen-antifaschistinnen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200116_OTS0084/diffamierungsver-su-che-gegen-antifaschistinnen))**



Als ÖH Bundesvertretung bekennen wir uns klar zu einer antifaschistischen Grundhaltung und setzen uns auf allen Ebenen gegen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus ein. Wir respektieren die Hochschulautonomie und prägen nicht die politische bzw. Vertretungsarbeit der lokalen Hochschulvertretungen.

**5) Welche Maßnahmen wurden in der Vergangenheit für die Verteidigung der freien Wissenschaft und der freien Lehre gesetzt?**

Siehe 6)

**6) Welche Maßnahmen sind in Zukunft für die Verteidigung der freien Wissenschaft und der freien Lehre geplant?**

Die ÖH Bundesvertretung steht klar hinter dem verfassungsmäßig verbrieften Recht, der Freiheit der Lehre und der Wissenschaft und setzt sich ebenso für diese ein (vgl. Forderungskatalog). Lehre und Wissenschaft muss frei von Ideologien der Ungleichheit sein. Solche Ideologien haben keinen Platz auf unseren Hochschulen, da sie Gruppen von Studierenden diffamieren. Rechtsextrems Gedankengut und die Leugnung bzw. Verharmlosung des Holocaust stehen im klaren Widerspruch zu demokratischen Grundwerten und wissenschaftlicher Forschung. Für eine freie Lehre und Wissenschaft steht die ÖH Bundesvertretung im Austausch mit der Uniko und dem BMBWF.

**7) Welche Maßnahmen sind für den Schutz von Studenten gegen Übergriffe von gewaltbereiten Demonstranten geplant?**

Die ÖH Bundesvertretung bietet diverse Beratungsangebote, an denen sich Studierende wenden können, wenn sie z.B. sexualisierter Gewalt ausgesetzt werden. Auch ist die ÖH Bundesvertretung im regen Austausch mit verschiedenen Organisationen, wie zum Beispiel mit dem Weißen Ring, die Opfer jeglicher Gewalt betreuen. Als ÖH werden wir zu keinen gewaltvollen Maßnahmen, wie z.B. Saalschutz o.Ä. greifen. Es ist die Aufgabe der Universitäten, einen sicheren Raum für die Studierenden auf den Hochschulen zu bieten.

**8) Warum verurteilt die ÖH eine derartige Gewaltbereitschaft nicht?**

Als ÖH Bundesvertretung bekennen wir uns klar zu einer antifaschistischen Grundhaltung und setzen uns auf allen Ebenen gegen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus ein. Daher unterstützen wir auch Proteste von Studierenden, die sich gegen o.g. Ismen richten. Studierende haben das Recht auf Versammlungsfreiheit und die Ausübung dessen ist demokratiepolitisch eine legitime Form der Meinungsäußerung.